



Newsletter 3/24 - AG Globalisierung & Krieg - 01.07.24 www.globalisierungundkrieg.de

Inhaltsangabe

- | | | |
|------|---------------------------------------|---|
| S 1 | Veranstaltungshinweis | Matthias Jochheim mit dem Vortrag:
Ökonomie von Aufrüstung und Krieg
Wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex |
| S 3 | Ostermarsch 2024 | Rückblick, Redebeiträge von Chrisitan Weber und
Matthias Jochheim, Fotos |
| S 6 | BAG GUK | Pressemitteilung, Erklärung (Naher Osten) |
| S 7 | Artikelhinweis | Peter Wahl: Dilemmata des Westens |
| S 8 | Nichtanerkennung der
ATTAC BAG GUK | Vorwürfe und Stellungnahme, Erklärungen von Friedens-
organisationen und von Mitwirkenden der BAG GUK (Matthias
Jochheim und Martina Jäger), Artikel, Stellungnahme BAG GUK |
| S 17 | Sand im Getriebe | Nr 155 / Baustelle EUropa |
| S 19 | Termine Juni 2024 | |

27.06.2024 - Veranstaltung mit Matthias Jochheim in Würzburg Ökonomie von Aufrüstung und Krieg Wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex

Die Veranstaltung wird videodokumentiert und findet
in Würzburg am 27.06.2024, 19:30 Uhr
im Buchladen Neuer Weg statt.
Veranstalter sind: BAG GUK, attac Wük DFG-VK Wü

Bundesverteidigungsminister Pistorius fordert,
Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Die USA
brechen trotz einer Kette verlorener Kriege, - von
Vietnam über Afghanistan und Irak bis zur blutigen Sackgasse in der Ukraine - immer neue
Rekorde im Bereich ihrer Rüstungsausgaben.

Und die deutsche Regierung eifert dieser Politik mit ihrer enormen Aufblähung des
Rüstungsetats - sogar mittels einer Verfassungsänderung - nach, selbst nach gescheiterten
Bundeswehreinsetzungen in Afghanistan und Mali.

Die hierfür angebotenen politischen Begründungen halten Überprüfung-en nicht stand:
Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch Waffenlieferungen etwa an Saudi-
Arabien und Türkei, oder auch – gegen Antisemitismus? - für die Aufrechterhaltung des
israelischen Besatzungs-Regimes in den Palästinenser-Gebieten? „Regelbasierte Ordnung“, –
konsequente Respektierung und Befolgung von Völkerrecht und Menschenrechten sind damit
offenbar nicht gemeint, die zu verteidigenden Werte - es scheint, es handelt sich besonders um
die Aktien-Werte etwa von Rheinmetall oder Airbus Defence and Space.



Im Folgenden sollen einige Hinweise auf die ökonomischen Motive der Kriegaakteure dargestellt werden, am Beispiel der einzigen militärischen Weltmacht USA, und ihres treuen Vasallen, der Bundesrepublik Deutschland, aber auch mit Hinweis auf die Kriegsökonomie Russlands. Es geht darum, die aktuell dominierenden ökonomischen Wirkprinzipien besser zu verstehen, Kriegsursachen zu entschlüsseln, und damit einen Beitrag zur Demontage von Kriegspropaganda zu leisten.

Über Matthias Jochheim

Matthias Jochheim ist u.a. aktiv bei **IPPNW Frankfurt** (*Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.*) und **BAG GUK** (*bundesweite Arbeitsgruppe und Netzwerk Globalisierung und Krieg*). Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IPPNW-Deutschland von 2001-2013. **Teilnahme an Aktionen in Konflikt- und Kriegsregionen** 1984 Gesundheitsbrigade in Nicaragua; ab 1988 mehrere Reisen in die kurdischen Regionen der Türkei; 2010 Teilnahme an der „Freedom Flotilla“ nach Gaza, gekapert durch die israelische Marine. **Publikation in** „Aufstehen für die Menschlichkeit“, Beiträge zum Kongress Kultur des Friedens 2003 // „Wege zum Frieden, den globalen Krieg verhindern“, Beiträge zur Tagung der attac BAG GuK, 12/2022 // weitere Redebeiträge, Artikel und Interviews: Netzwerk Friedenskooperative, Friedens- und Zukunftswerkstatt, IPPNW, Netzwerk BAG GUK, Domradio, Ärzteblatt, Deutschlandfunk Kultur, FR, TAZ, ...

Ostermarsch 2024 – Wir waren dabei!

Rückblick – AG GuK rief zum Ostermarsch auf.

<https://perspectac.de/veranstaltung/ostermarsch-2024-wir-waren-dabei/#more-442>

Attac-Regionalgruppen und GuK-Mitglieder nahmen an den bundesweiten Ostermärschen teil. Info-Material der BAG GUK und der globalisierungskritische Newsletter [Sand im Getriebe](#) wurden auf mehreren Ostermärschen verteilt.

Fotos: attac Aschaffenburg, attac Untere Saar, attac Würzburg, attac Flensburg



Christian Weber (DFG-VK und Attac Wü) und Matthias Jochheim (IPPNW Frankfurt und BAG GUK) thematisierten den Krieg im Nahen Osten.

Redebeitrag Christian Weber:

www.wuerzburg.dfg-vk.de/wp-content/uploads/sites/17/2024/04/2024-Ostermarsch-Wue-Christian-Weber.pdf

Video auf YouTube:

<https://youtu.be/84svqua30WE>

Nie wieder ist jetzt – in Gaza

Das Thema ist Gaza. Nicht, weil ich dazu gerne reden wollte. Sondern weil ich fand, dass es thematisiert werden muss und es bei den anderen Vorschlägen nicht dabei war.

Es gibt Ansprüche an die Rede (teilweise von mir selbst):

- ausgewogen
- verständlich
- die wichtigsten Fakten nicht strafbar
- maximal 7 Minuten
- Hoffnung/Perspektive bieten

Sorry, das sind ein paar Wünsche zu viel auf einmal, da werden wir Abstriche machen müssen. Jeder halbwegs ernsthafte Versuch, den sogenannten Nahostkonflikt historisch zu erklären und rechtlich einzuordnen, braucht wahrscheinlich die doppelte Zeit – für die Vorbemerkungen. Ich will auch gar nicht behaupten, dass ich den Konflikt inklusive israelischer Innenpolitik und interner Belange der Palästinenser in und auswendig kennen würde. Das ist auch gar nicht nötig, weil hier jetzt nicht der Ort und die Zeit für solche Ausführungen ist.

Eine Vorbemerkung muss ich machen:

Mir ist sehr bewusst dass es auf israelischer Seite Opfer, Trauer und traumatisierende Erlebnisse gibt und es liegt mir fern, das negieren oder verharmlosen zu wollen.

Ich gehe darauf nur deshalb nicht weiter ein, weil ich nicht den Eindruck habe, dass das in der deutschen Öffentlichkeit in Relation zu wenig Raum bekommen hätte.

Aber es gibt Dinge, die gesagt werden müssen:

In Israel/Palästina geschehen ungeheuerliche Verbrechen und das nicht erst seit dem 9. Oktober letzten Jahres. An diesem Tag sagte der israelische Verteidigungsminister:

„Ich habe eine vollständige Blockade des Gazastreifens angeordnet. Es wird keinen Strom geben, keine Nahrung, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir bekämpfen menschliche Tiere und handeln entsprechend.“

Das kam auch so in der Tagesschau.

Was mir dazu einfällt: Nie wieder ist jetzt in Gaza!

Unter diesem Motto (ohne Gaza) ist in den letzten Monaten öffentlichkeitswirksam viel gesagt worden. Die bittere Ironie darin ist bestimmt nicht nur mir aufgefallen.

Ja, wir haben hier Probleme mit Antisemitismus, das steht außer Frage.

Der Umgang mit dem Begriff ist eines davon. Ich möchte an dieser Stelle die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus empfehlen (zu finden unter <https://jerusalemdeclaration.org>).

Bei der Berlinale gab es einen „großen Antisemitismus-Skandal“. Was war da eigentlich los?

Ein palästinensischer Dokumentarfilmer fordert die BRD auf, keine Waffen an Israel zu liefern und ein israelischer Journalist sagt, dass das System der Ungleichheit enden müsse.

Zum eigentlichen Skandal schrieb Yuval Abraham auf Twitter:

(Zitat) „Ein rechtsgerichteter israelischer Mob kam gestern in das Haus meiner Familie, um nach mir zu suchen, und bedrohte enge Familienmitglieder, die mitten in der Nacht in eine andere Stadt flohen. Ich erhalte immer noch Morddrohungen und musste meinen Heimflug stornieren. Dies geschah, nachdem israelische Medien und deutsche Politiker meine Preisverleihungsrede auf der Berlinale – in der ich die Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinensern, einen Waffenstillstand und ein Ende der Apartheid forderte – absurderweise als „antisemitisch“ bezeichneten. Der entsetzliche Missbrauch dieses Wortes durch Deutsche, nicht nur um palästinensische Kritiker Israels zum Schweigen zu bringen, sondern auch um Israelis wie mich zum Schweigen zu bringen, die einen Waffenstillstand

unterstützen, der das Töten in Gaza beenden und die Freilassung der israelischen Geiseln ermöglichen würde, entleert das Wort Antisemitismus seiner Bedeutung und gefährdet damit Juden in der ganzen Welt. Da meine Großmutter in einem Konzentrationslager in Libyen geboren wurde und der größte Teil der Familie meines Großvaters von Deutschen im Holocaust ermordet wurde, finde ich es besonders empörend, dass deutsche Politiker im Jahr 2024 die Dreistigkeit besitzen, diesen Begriff in einer Weise gegen mich zu verwenden, die meine Familie gefährdet. Vor allem aber bringt dieses Verhalten das Leben des palästinensischen Co-Regisseurs Basel Adra in Gefahr, der unter einer militärischen Besatzung umgeben von gewalttätigen Siedlungen in Masafer Yatta lebt. Er ist in weitaus größerer Gefahr als ich. Ich freue mich, dass unser preisgekrönter Film „No Other Land“ eine wichtige internationale Debatte zu diesem Thema auslöst, und ich hoffe, dass Millionen von Menschen den Film sehen werden, wenn er in die Kinos kommt. Wir haben den Film gemacht, um eine Diskussion anzustoßen. Man kann harte Kritik an dem üben, was ich und Basel auf der Bühne gesagt haben, ohne uns zu verteufeln. Wenn es das ist, was ihr mit eurer Schuld am Holocaust macht – ich will eure Schuld nicht.“ (Zitat Ende)

Es gibt eine ausführlich begründete Klage Südafrikas beim Internationalen Gerichtshof, die Israel vorwirft, in Gaza einen Völkermord zu begehen.

Das Gericht hat zunächst einmal eingeräumt, dass die Ereignisse in Gaza durchaus einen plausiblen Verdachtsfall von Genozid darstellen und bestimmte Maßnahmen, wie humanitäre Hilfe eingefordert. Außerdem gab es die Aufforderung an Israel, bis zu einem bestimmten Termin zu belegen, welche Maßnahmen zur Verhinderung eines Völkermordes ergriffen wurden.

Was passierte unmittelbar danach?

Es wurden Anschuldigungen veröffentlicht, dass einzelne Mitarbeiter des UN Hilfswerks an Greuelthaten am 7. Oktober beteiligt gewesen seien. Daraufhin haben unter anderem die USA und die BRD Zahlungen eingestellt. Wegen 12 Mitarbeitern, denen etwas vorgeworfen wurde, 12 von 13.000! Die humanitäre Lage im Gazastreifen – die ja auch lange vor der Eskalation letztes Jahr schon katastrophal war – hat sich dadurch natürlich nicht verbessert und inzwischen hat sogar der UN-Sicherheitsrat eine Resolution mit der Forderung einer sofortigen Waffenruhe beschlossen. Vorgestern erst hat der Internationale Gerichtshof einstimmig festgestellt, dass sich die Lage in Gaza weiter verschlechtert und Israel noch einmal ausdrücklich zur Gewährung mehr humanitärer Hilfe aufgefordert.

Hoffen wir, dass die Waffenruhe eingehalten wird, die Geiseln freigelassen werden und endlich Gespräche hin zu einem gerechten Frieden stattfinden können.

Im Rahmen der Münchner Friedenskonferenz durfte ich im Februar Menschen aus Israel und Palästina erleben, die an bewaffneten Kämpfen beteiligt waren und sich inzwischen für Frieden und Verständigung einsetzen.

Die beiden Freunde von den Combatants for Peace haben Ihre bewegenden Geschichten erzählt und besonders betont, wie wichtig es ist, einander als Menschen zu sehen und einander zuzuhören. Davon können wir alle lernen.

Matthias Jochheim - Ostermarsch Aschaffenburg 2024

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Bürger*innen, das Osterfest, die wichtigsten Tage im christlichen Jahreskalender, ist seit langem auch ein herausragendes Datum für unsere Friedensbewegung in Deutschland – heute mehr denn je. Vor mehr als 2000 Jahren wurde am Karfreitag Jesus Christus festgenommen, grausam misshandelt und von den Hohen Priestern zum Tode verurteilt – Pontius Pilatus, der Statthalter der damals vorherrschenden Supermacht, des römischen Imperiums, gab – offensichtlich mit schlechtem Gewissen – sein Plazet zu diesem Justizmord.

Beseitigt werden sollte eine neue religiöse Botschaft – der Liebe sogar zu Feinden, des Verzichts auf Gewalt, der Solidarität mit den Armen und Ausgegrenzten, das radikale Hinterfragen starrer Hierarchien - Elemente, die eben auch für unsere Friedensbewegungen bis heute konstituierend sind.

Immer noch, wie seit Jahrhunderten, ist das jüdisch-arabische Jerusalem ein zentraler Ort der

abrahamitischen Weltreligionen - der Jüdinnen, der Christen und der Muslime, mit so vielen gemeinsamen Wurzeln und geschichtlichen Schnittstellen. Aber immer wieder wurden und werden sie nicht als Chance des Austauschs und der Gemeinsamkeit, sondern als Instrument sehr irdischer Machtkämpfe und grausamer Kriege genutzt. Der sogenannte Zusammenprall der Zivilisationen und der Krieg gegen den Terror sind die Stichworte einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, die jetzt in Israel, in Westbank und Gaza grausam umgesetzt wird.

Die Lage in Gaza wurde schon seit langem von den UN-Organisationen als untragbar geschildert: auf 360 qkm leben 2,2 Millionen Einwohner; zum Vergleich: in der Hansestadt Bremen leben auf 419 qkm 684.000 Einwohner. Trinkwasser, Nahrungsmittel, Treibstoff, Medikamente müssen nach Gaza importiert werden, die Zufuhr wird komplett von Israel kontrolliert, aktuell auf etwa 85 Lastwagenladungen reduziert, von benötigten 500 LKWs pro Tag. Der Gaza-Streifen war schon lange komplett abgeriegelt, Aus- und Einreise nur mit spezieller Genehmigung Israels möglich. Kenner verglichen die Lage mit einem „Freiluftgefängnis“. Immer wieder gab es schon vor dem palästinensischen Ausbruch vom 7. Okt. Luftangriffe auf Gaza, allerdings auch Angriffe mit primitiven, vor Ort fabrizierten Raketen der Palästinenser gegen Israel.

Der gewaltsame Ausbruch vom 7. Oktober, offenbar ein Überraschungs-Coup, wurde begleitet von exzessiver Gewalt von Seiten der Hamas, aber auch anderer palästinensischer Milizen. Ca. 800 israelische Zivilisten wurden nach plausiblen Angaben umgebracht, zusätzlich über 300 israelische Bewaffnete. Auch 200 Palästinensische Militante verloren ihr Leben. Über 230 Israelis wurden beim Rückzug der Hamas nach Gaza als Geiseln verschleppt - mit dem Plan, sie gegen palästinensische Gefangene in Israel auszutauschen, was zum Teil auch bereits umgesetzt wurde.

Der israelische Gegenangriff und Einmarsch in Gaza Wochen nach dem 7. Oktober wurde von Erklärungen begleitet, welche die südafrikanische Regierung bei ihrer Klage vor dem internationalen Gerichtshof als Belege für den israelischen Völkermord-Plan zitierte. So etwa Präsident Isaac Herzog am 12. Oktober: (Zitat) „Eine ganze Nation da draussen ist dafür verantwortlich. Es ist nicht wahr, dass die Zivilisten nichts davon wissen, nicht involviert sind. Es ist absolut nicht wahr...und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen.“ Verteidigungsminister Joav Gallant teilte am 9. Oktober mit, dass Israel „eine vollständige Belagerung des Gaza-Streifens verhängt hat. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles wird geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und handeln dementsprechend.“ Er informierte die Truppen, dass er „alle Fesseln gelöst“ habe. Weiter: Gaza werde nicht mehr so sein wie vorher; (Zitat) „wir werden alles eliminieren“.

Der Israelische Minister für kulturelles Erbe Amichai Eljahu stellte sogar einen nuklearen Angriff auf den Gaza-Streifen in Aussicht. Inzwischen, fast 6 Monate nach Beginn des neuen Gaza-Kriegs, sind mindestens 35.000 Bewohner des Streifens getötet, zwei Drittel davon Frauen und Kinder. 70 Prozent der Gebäude sind zerstört, die Mehrheit der Krankenhäuser nicht mehr nutzbar. Sogar Ministerin Baerbock, eine treue Gefolgsfrau der US-Politik, sprach von einer Hölle für die Menschen in Gaza, verband damit aber nicht die Forderung, die stark erhöhten deutschen Lieferungen an Waffen und Munition nach Israel zu stoppen! In der Stadt Rafah, an der Grenze zu Ägypten, haben sich über 1,2 Millionen Geflüchtete aus den schon zerstörten Regionen der Enklave in Notunterkünften eingefunden. Die US-Regierung warnt vor dem geplanten israelischen Einmarsch dort, hat aber ihre über Ramstein antransportierten Waffenlieferungen ebenfalls nicht eingestellt. Dagegen haben die wichtigsten Geldgeber ihre Zahlungen an UNRWA, die wichtigste UN-Hilfsorganisation für Gaza, eingestellt, da die israelische Regierung fünf der 13.000 Mitarbeiter beschuldigte, an dem Ausbruch vom 7. Okt. beteiligt gewesen zu sein. Noch eine Bewertung des Geschehens in Gaza hat in dieser Woche die Öffentlichkeit beschäftigt: die Berichterstatterin des UN-Menschenrechtsrates Francesca Albanese hatte in ihrem aktuellen Bericht massive Verletzungen der UN-Völkerrechts-Konventionen durch Israel festgestellt, und hatte neben Schadenersatzzahlungen an die Palästinenser auch ein Verbot von Waffenlieferungen nach Israel gefordert. International sind die USA und Israel, gemeinsam mit einigen NATO-Partnern, darunter besonders der deutschen Bundesregierung, in Bezug auf den Gaza-Krieg weitgehend isoliert.

Besonders empörend finde ich folgendes Detail: in Berlin soll Mitte April ein Kongress zur Solidarität mit den Palästinensern stattfinden, Mitorganisatorin ist die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost. Deren hierfür eingerichtetes Konto bei der Berliner Sparkasse wurde nun gesperrt, und eine Liste der Mitglieder des Vereins „Jüdische Stimme“ verlangt! Wir können etwas Wichtiges daraus lernen: unsere bedeutendste Aufgabe ist es aktuell, die von Kriegstreibern regelmäßig betriebene systematische Spaltung der Friedenskräfte zu erkennen und aktiv zu widerstehen - ebenso, wie es die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in bewundernswert mutiger Weise tut.

03. Mai 2024: Erklärung / Pressemeldung der BAG GuK

- **Angriff Israels auf Rafah verhindern**
- **Stopp aller deutschen Waffenlieferungen**
- **Palästina völkerrechtlich anerkennen**

Angesichts der Ankündigung Netanjahus, in Rafah einzumarschieren, fordert die bundesweite Attac-AG Globalisierung & Krieg von der Bundesregierung, alle Waffenlieferungen an Israel zu beenden, die Nutzung der bereits gelieferten Waffen zu untersagen und Palästina völkerrechtlich als eigenständigen Staat anzuerkennen. Israel weigert sich, die verbindliche Resolution 2728 des UN-Sicherheitsrates vom 25. 4. 2024 für eine sofortige Waffenruhe anzuerkennen, geschweige denn sie umzusetzen. Auch die Anordnung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Kontext der Völkermord-Klage Südafrikas, das Leben palästinensischer Zivilisten zu schützen und genügend humanitäre Hilfe zu ermöglichen, wird ignoriert. Selbst Ermahnungen ihrer engsten Verbündeten, Völkerrecht und Menschenrechte zu respektieren, beeindrucken die israelische Führung nicht. Es ist daher höchste Zeit, den Druck zu erhöhen, wenn die schon jetzt unerträgliche menschliche Katastrophe gestoppt werden soll. Eine andere Sprache versteht Netanjahu nicht. Die Bundesregierung soll ihrer verbalen Anerkennung der Zweistaatenlösung Taten folgen lassen und dem Beispiel Schwedens und der neun anderen EU-Mitgliedsstaaten folgen, die Palästina bereits anerkannt haben. Insgesamt haben 140 der 193 UN-Mitglieder Palästina anerkannt. Frankreich hat in der UN-Sicherheitsratssitzung am 18. April für die Vollmitgliedschaft Palästinas in der UNO gestimmt. Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das singuläre Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich für die Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden. / www.jungewelt.de/artikel/474748.mahnwache-gegen-steadfast-defender.html

April 2024 - Unterstützung folgender Erklärung zum Nahen Osten

„Schluss jetzt mit deutschem Beitrag zum Völkermord in Gaza!“

<https://perspectac.de/erklarungen/schluss-jetzt-mit-deutschem-beitrag-zum-voelkermord-in-gaza-aufruf-zur-anhoerung-vor-dem-internationalen-gerichtshof-in-den-haag-am-8-9-april-2024/#more-466>

Aufruf zur Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag am 8./9. April 2024

- Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof, 29.12.2023
- Text auf Englisch – deutsche Übersetzung (Einen Dank an die Redaktion von Sand im Getriebe für die Übersetzung und weitere friedenspolitische Beiträge) / 8./9. April 2024
- 24.02.2024 Hamburg – Rathausmarkt Hamburg: Lesung der Klageschrift Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof mit Norman Paech u.a. / Video: https://youtu.be/7ejEsG88h_g
- Newsletter Sand im Getriebe – Israel-Palästina <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>
- Broschüre KLAR-text-Blog / Info: Israel – ethnische Säuberung als politisches Programm und die deutsche Staatsräson klartext-info.de/?p=1318

Peter Wahl - Die Dilemmata des Westens /

www.kasseler-friedensforum.de/pdf/202404Sozialismus-PeterWahl,KriegeinNahost+Ukraine.pdf

Daraus: Es läuft schlecht für den Westen. »Die Lage der Ukraine ist dramatisch. Es fehlt an Munition, Nachschub und Soldaten«, heißt es selbst bei der treuesten Gefolgschaft Kiews (Bild am Sonntag, 11.2.2024, S. 4). Und die FAZ befürchtete schon im letzten Sommer, dass »Kiew den Krieg verlieren könnte« (22.8.2023, S. 1). Stellvertreterkriege funktionieren nun mal nur so lange, wie der Stellvertreter zur Kriegsführung in der Lage ist. Die Sponsoren Kiews stehen deshalb vor der Wahl, durch die Lieferungen von noch gefährlicheren Waffen als bisher zu eskalieren oder sich allmählich zu einen Kompromissfrieden zu bequemen.

Wie die Debatte um Taurus und Macrons Bodentruppenmanöver zeigen, ist man sich nicht einig und fährt daher vorerst business as usual. Unterdessen läuft für die Ukraine die Zeit davon.

Es läuft schlecht für den Westen – auch im Gaza-Krieg. In einem halben Jahr hat die israelische Kriegsführung zu mehr als doppelt so viel Ziviltoten wie zwei Jahre Ukraine-Krieg (UN-Angaben) [1] geführt und Gaza auf lange Zeit unbewohnbar gemacht. Im Globalen Süden wird die im Vergleich zur Russland-Politik des Westens großzügige Nachsicht für die israelische Kriegsführung als moralischer Bankrott des Wertewestens gesehen. Die Hoffnungen, im Süden doch noch Länder für die Koalition der Willigen gegen Russland zu gewinnen, sind damit endgültig geplatzt. Alle Versuche selbst Washingtons, der Kriegsführung Israels wenigsten ein paar humanitäre Zügel anzulegen, sind bisher gescheitert. Benjamin Netanjahu macht, was er will, nämlich weiterhin Fakten schaffen, mit denen die Zweistaatenlösung für immer blockiert wird und sich das Ziel von Groß-Israel from the river to sea erreichen lässt.

Der Westen steht in beiden Kriegen vor Dilemmata. Ein Dilemma ist ein nicht so einfach und vor allem nicht kurzfristig zu lösender Widerspruch.

Ukraine-Krieg an einem kritischen Punkt

So bleiben die russischen Truppen, nachdem sie mit Awdijiwka die am stärksten ausgebaute Festung der Ukraine erobert haben, in der Offensive und rücken an mehreren Frontabschnitten vor. Zwar geht es dabei immer nur um wenige Kilometer, aber auch im Krieg gibt es so etwas wie Kippunkte – strategische Wendepunkte, wie es Stalingrad im Zweiten Weltkrieg war, als die Deutschen lange vor Kriegsende die strategische Initiative verloren. Ob Awdijiwka so ein Wendepunkt war, wird erst die Zukunft zeigen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass es über kurz oder lang zu einem militärischen Durchbruch Russlands mit entsprechenden Kettenreaktionen kommt.

Denn kurzfristig wird sich am Mangel an Munition und Gerät nichts ändern.

Peter Wahl hat Gesellschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Romanistik in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt a.M. studiert. Er war in Nord-Süd- und entwicklungspolitischen Zusammenhängen tätig, u.a. in der NGO »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED«. Im Jahr 2000 gehörte er maßgeblich zu den Gründern des globalisierungskritischen Netzwerks Attac in Deutschland. Ende 2023 erschien von ihm die Flugschrift »Der Krieg und die Linke«, gemeinsam mit Thomas Sablowski gibt er den im April erscheinenden Band »Europäische Integration in der multiplen Krise« heraus (beide im VSA: Verlag).

OHRCHR, 22.2.2024.

www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/ukraine-turk-deplores-horrific-human-cost-russias-full-scale-invasion-enters

Artikel vom 28. März 2024 aus: <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/die-dilemmata-des-westens>

Buchempfehlung:

Der Mitbegründer von Attac Deutschland und Friedensaktivist Peter Wahl erklärt die Verwerfungen in der politischen Linken. Er klärt über Geopolitik auf und argumentiert gegen den Moralismus der Politik, denn nur so könne eine Friedensperspektive eröffnet werden.

<https://overton-magazin.de/buchempfehlungen/der-krieg-und-die-linken-2/>

Die Nichtanerkennung der ATTAC BAG GuK

Vorwürfe und Stellungnahmen

Erklärungen von Friedensorganisationen

Hintergründe

Mitwirkende der BAG GUK äußern sich zur Sache

18.02.2024

Protokoll von der Diskussion vor der Nichtbestätigung der bundesweiten Attac AG Globalisierung und Krieg am 18.2.2024 bei der Online-Ratsklausur von Attac

Bei der Online-Ratsklausur von Attac am 18.2.2024 wurde der Antrag auf Bestätigung der bundesweiten Attac AG Globalisierung und Krieg mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag von Elsa Rassbach, die Abstimmung auf die nächste Ratssitzung zu verschieben, war bereits zuvor abgelehnt worden. Zu dem TOP gab es eine Diskussion mit Redezeitbegrenzung auf 3 Minuten.

Auch für Gabi Bieberstein, die als Vertreterin der AG Globalisierung und Krieg teilnahm, galt diese Redezeitbegrenzung – auch wenn ihr einige wenige Minuten mehr gewährt wurden. Verschiedene Ratsmitglieder sagten in der Diskussion, was sie an der AG kritisieren.

1. Der wesentliche Grund für die Ablehnung des Antrags und damit den Ausschluss der AG war wohl die Online-Veranstaltung zu Palästina mit Fuad Hamdan.

Flyer zu der Veranstaltung:

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/202401_palaestina_hamdan.pdf

Videoaufzeichnung der Veranstaltung: <https://www.youtube.com/watch?v=fvCmsXuxG9A>

Kritikpunkte waren

a) der Ankündigungstext. Kritikpunkte waren

1. der Begriff Apartheidsstaat Israel

2. der Satz „Jeder Versuch, den Angriff der Hamas zu erklären und in einen Gesamtkontext zu stellen, wird als „Gotteslästerung“ bzw. Verstoß gegen die deutsche „Staatsräson“, ja schlimmer noch, als antisemitsch denunziert.“

b) Angebliche Aussagen des Referenten, denen von den Veranstaltern nicht widersprochen worden sei. Der Referent habe

1. das Existenzrecht Israels nicht anerkannt.

Das stimmt nicht. Der Referent hat sich nicht gegen das Völkerrecht ausgesprochen. Nach dem Völkerrecht haben alle Staaten ein Existenzrecht.

2. das Existenzrecht Israels als jüdischen Staat nicht anerkannt.

Das ist klar, dass der Referent das ablehnt – auch wenn er das nicht explizit gesagt hat. Es gibt kein Recht auf einen jüdischen Staat, in dem Nicht-Juden keine vollwertigen Bürger sind.

3. die Hamas positiv dargestellt.

Das stimmt nicht. Er hat sie sachlich dargestellt.

4. gesagt, dass die Hamas eine Befreiungsbewegung sei.

Das stimmt nicht. Gesagt hat er, dass Hamas von der palästinensischen Bevölkerung als Befreiungsbewegung angesehen wird – auch von denjenigen, die keine Anhänger von Hamas sind und auch von denjenigen, die Tötung von Zivilisten durch die Hamas am 7.10. ablehnen. Im Übrigen bezeichnet auch die UNO die Hamas nicht als Terrororganisation, sondern als politische Bewegung.

<https://www.rnd.de/politik/un-vertreter-martin-griffiths-nennt-hamas-keine-terrororganisation-israel-empuert-ICQWZRPCNFJWDGJBDGG5SYSOSY.html>

2.

Vorgeworfen wurde unserer AG außerdem

a) dass es ja bereits früher Probleme mit unserer AG wegen Palästina Israel gegeben habe. Gabi Bieberstein hat darauf hingewiesen, dass der Rat zusammen mit unserer AG vor mehreren Jahren bereits eine gemeinsame Erklärung zu Palästina und Israel heraus gegeben habe, die immer noch Grundlage unserer Arbeit ist. Außerdem sei das Völkerrecht für unsere AG sehr wichtig ist.

b) ein ehemaliges Attac-Mitglied, das von Attac ausgeschlossen wurde, zu lange in der AG geduldet zu haben. Gabi hat darauf hingewiesen, dass das ehemalige Attac-Mitglied seit dem Zeitpunkt, an dem der Kokreis unserer AG dies mitteilte, nicht mehr in unserer AG aktiv ist.

c) bei der Ukrainediskussion nicht mitgearbeitet zu haben. Gabi Bieberstein wies darauf hin, dass die Diskussion unglücklich begonnen habe und AG dann nicht mehr dabei gewesen wäre. Dies sei vermutlich ein Fehler gewesen und sollte in Zukunft anders laufen.

d) beim Herbstratschlag 2023 den folgenden Vorschlag zum Ukrainekrieg eingebracht zu haben:

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/23_HRS/Vorschlaege/23HRS_V4_Ukraine_Frieden_jetzt.pdf

e) zur Demo von Wagenknecht im Feb. 23 aufgerufen zu haben. Bei dieser Demo seien auch Rechte gewesen. Wir haben zu dieser Demo aufgerufen und halten das nach wie vor für richtig. Es haben einige Rechte versucht, mitzulaufen, wurden jedoch aus der Demo gedrängt.

f) auf unserer Webseite auf Sand im Getriebe zu verweisen. Insbesondere kritisiert wird darin der Artikel: Arn Strohmeier - Der große unverzeihliche Fehler der Hamas. Der Mord an israelischen Zivilisten hat dem politischen Anliegen der Palästinenser schweren Schaden zugefügt. / Israel steht nun als „Opfer“ da.

<https://www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/dcf4560cf9-1704834107/gaza-oktober-2023-sig-sondernummer.pdf>

Mitte April

Unterstützung und Erklärungen

von Friedensorganisationen

pax christi, IPPNW und DFG-VK Bayern

zur Nichtanerkennung der BAG GuK



- **pax christi – Deutsche Sektion e.V. Feldstraße 4, 13355 Berlin**
- **mail hp.rauguth@paxchristi.de**

An

Attac Deutschland Bundesbüro

Frauke Distelrath
Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro

Frühjahrsratschlag 2024

Stellungnahme des Geschäftsführenden Bundesvorstandes von pax christi zur
Bestätigung der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg

12. April 2024

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Internationale Katholische Friedensbewegung pax christi ist seit Beginn Teil des globalisierungskritischen Netzwerks Attac-Deutschland. Unterschiedliche Gruppen unserer Bewegung kooperieren mit und beteiligen sich an Attac Initiativen.

Das Thema Frieden und Gerechtigkeit und damit verbunden die dringliche Problematik von Aufrüstung, Kriegsvorbereitungen und deutschen Waffenlieferungen ist für uns dabei essenziell wichtig. Zuletzt zogen sich die beiden Vertreter des KoKreis aus dem Vorbereitungskreis der Friedensaktivitäten im Bündnis „Stoppt das Töten“ zum zweiten Jahrestag des Ukrainekrieges zurück, weil im Aufruftext die Forderung eines „Stoppes der Lieferung von Waffen, die den Krieg verlängern oder weiter eskalieren“ vereinbart wurde. Der Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg, die eine abweichende Position zum Kokreis vertritt, wurde vom KoKreis nicht mehr bestätigt. Als Geschäftsführender Bundesvorstand von pax christi appellieren wir an den Attac-Frühjahrsratschlag (13./14.4.2024 in Fulda), die ausstehende Bestätigung der BAG GuK nachzuholen, und damit sicherzustellen, dass dem Thema „Globalisierung von Aufrüstung und Krieg“ bei Attac die angemessene Aufmerksamkeit zugemessen wird und die unterschiedlichen Positionen zu Friedensfragen weiter auch intern diskutiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Horst-Peter Rauguth für den Geschäftsführenden Bundesvorstand von pax christi

Attac Deutschland
Bundesbüro
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt

Stellungnahme des IPPNW-Vorstands zur Bestätigung der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg

10. April 2024

Liebe Freundinnen und Freunde,

die ärztliche Friedensorganisation IPPNW ist seit vielen Jahren Teil des globalisierungskritischen Netzwerks Attac-Deutschland. Unser Mitglied Matthias Jochheim hat uns seit längerem dort vertreten, u.a. auch im Attac-Rat und dem Attac- KoKreis. Er berichtet uns regelmäßig von den Aktivitäten und Tagungen der bundesweiten Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg (BAG GuK). Eine größere Aktivität, an der sich sowohl IPPNW als auch Attac-Deutschland beteiligten, war beispielsweise die Tagung zum Afghanistan-Krieg im Jahr 2021.

Leider haben wir erfahren, dass im Attac-KoKreis die aus unserer Sicht immer dringlichere Problematik von Aufrüstung, Kriegsvorbereitungen und deutschen Waffenlieferungen in letzter Zeit weniger Beachtung und Engagement erfährt. Zuletzt zogen sich die beiden Vertreter des KoKreis auch aus dem Vorbereitungskreis der Friedensaktivitäten im Bündnis „Stoppt das Töten“ zum zweiten Jahrestag des Ukrainekrieges zurück, weil im Aufruftext die Forderung eines „Stoppes der Lieferung von Waffen, die den Krieg verlängern oder weiter eskalieren“ vereinbart wurde.

Der AG GuK wurde unter anderem vorgeworfen, zur Friedensdemonstration gegen den Krieg in der Ukraine am 25. November 2023 in Berlin aufgerufen zu haben (zu der auch die IPPNW aufgerufen hatte). Der Vorwurf lässt ein offenbar neues Verständnis der Attac-Hierarchie deutlich werden.

Als IPPNW-Vorstand appellieren wir an den Attac-Frühjahrsratschlag (13./14.4.2024 in Fulda), die ausstehende Bestätigung der BAG GuK nachzuholen, und damit sicherzustellen, dass dem Thema „Globalisierung von Aufrüstung und Krieg“ bei Attac wieder die angemessene Aufmerksamkeit zugemessen wird und Raum bleibt für kritisches Engagement.

Mit freundlichen Grüßen



Angelika Claußen



Lars Pohlmeier



**An Attac Deutschland
Bundesbüro, Kokreis, Rat und Regionalgruppen
Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt**

13. April 2024

Stellungnahme der DFG-VK Bayern zur Anerkennung der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg (BAG GuK)

Wir haben erfahren, dass im Attac-Rat beschlossen wurde, die bundesweite Arbeitsgruppe GuK nicht mehr anzuerkennen. Das halten wir für besorgniserregend in Zeiten massiver Aufrüstung, Kriegsmobilisierung, unverantwortlicher Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete bis hin zum fehlenden diplomatischen Willen der Bundesregierung zur friedlichen Beendigung von Konflikten.

Wir haben mitbekommen, dass innerhalb des attac Rates und den Kokreises das Ablehnen von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete problematisch sei, die BAG folglich nicht ein *Stopp vom Waffenlieferungen* fordern sollte. Bei der Wahl eines Referenten wurde der BAG zu Lasten gelegt, dieser habe, nach Meinung einzelner Kokreismitglieder, eine antisemitische Aussage getroffen. Die BAG hat den Aufruf zur Friedensdemo am 25.11.2023 in Berlin unterstützt, auch hier gab es Vorwürfe. Ablehnende Kritik an Vorstellungen, Veranstaltungen und Referent*Innen gibt es in allen Organisationen. Ob es im Interesse von Attac als globalisierungskritische und hoffentlich auch friedfertige Bewegung sein kann, eine gut funktionierende Arbeitsgruppen in Zeiten der Kriegsvorbereitung nicht mehr akzeptieren zu wollen, bezweifeln wir.

Wir unterstützen die *Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg*, die sich als Netzwerk für Friedensaktivist*Innen versteht, die sich kritisch mit dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg befassen, Aufklärung über Kriegsursachen betreiben, sowie Aktionen initiieren zur Abwehr von Krieg und Gewalt. Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten. Krieg und Gewalt widersprechen dem Selbstverständnis von Attac. (Quelle: Internetauftritt der BAG GUK)

Über Martina Jäger, Sprecherin der *DFG-VK Bayern*, seit vielen Jahren aktiv in der *BAG GuK*, haben wir über die Tätigkeit der *BAG* erfahren. Mehrere Male im Jahr erscheinen die Newsletters der *BAG* und der internationalen *Attac Bewegung Sand im Getriebe*, die wir dankend erhalten haben. In beiden Rundschreiben wurden stets über DFG-VK-Stellungnahmen und Veranstaltungen informiert. Es gab mit der *BAG GuK*, deren Mitglieder, attac-Regionalgruppen und dem *Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk* der *DFG-VK Bayern* in den letzten Jahren gemeinsame Veranstaltungen.

Unser Appell geht an die verantwortlichen Gremien in *Attac*, die *BAG GUK* anzuerkennen und somit dem Engagement gegen Krieg den notwendig kritischen Raum zu erhalten.

Die Stellungnahme der DFG-VK Bayern wurde bei dem Landesausschusstreffen der DFG-VK Bayern am 13.04.24 einstimmig beschlossen.

Mit friedvollen Grüßen
Thomas Rödl,
Landessprecher und Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern

25.04.2024 Matthias Jochheim - Erklärung nach dem Ratschlag

Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg nun ohne Attac-Finanzmittel und ohne Recht auf Presseerklärungen – stummgeschaltet?

Trotz der Unterstützung der BAG Globalisierung und Krieg (GuK) durch Erklärungen von Pax Christi, IPPNW und der DFG-VK Bayern – sämtliche Organisationen sind Mitglieder des Attac-Netzwerks - welche vom Attac Frühjahrsratschlag gefordert hatten, der AG die weitere Arbeit zu den ursprünglichen Konditionen zu ermöglichen: die Abstimmung beim Frühjahrsratschlag am 14. April ergab mit nur 19 Stimmen für die weitere Anerkennung, aber 39 Gegenstimmen, davon sogar 15 als Veto, eine klare Ablehnung gegenüber einer weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe bei Attac.

Für mich reiht sich dieses Votum ein in eine Entwicklung, durch die auf Bundesebene Attac-Gremien sich von den Forderungen und Aktivitäten der Friedensbewegung entfernen. So hatte der KoKreis seine weitere Mitarbeit am Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine“ ausgesetzt, weil er im Aufruf zu Aktionen aus Anlass des zweiten Jahrestags des russischen Einmarschs in der Ukraine keinerlei Einschränkungen westlicher Waffenlieferungen hinnehmen wollte.

In einem kurz vor dem Ratschlag veröffentlichten Statement des KoKreises zum Gazakrieg äußerte dieser zwar sein Mitgefühl mit den Opfern beider Seiten, sprach sich aber weder für einen Stopp der Waffenlieferungen noch für einen Waffenstillstand aus. Insgesamt spielte die kriegerische Eskalation weltweit keine relevante Rolle bei diesem Ratschlag, auch die gravierende Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten, wie sie zeitgleich durch die polizeilichen Maßnahmen gegen den Palästina-Kongress in Berlin erhebliches Aufsehen erregten, interessierte die Mehrheit der Teilnehmer*innen in Fulda offensichtlich nicht. Sie beschäftigten sich lieber mit einer Kampagne gegen ein EU-Handelsabkommen mit Chile, welches allerdings durch das EU-Parlament im Februar bereits ratifiziert worden war; und mit dem offensichtlich gebrochenen Ampel-Versprechen eines Klimageldes zum Ausgleich der gestiegenen Energiekosten – hier wird Attac gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Form eines Los-Verfahrens für 1000 glückliche Gewinner eine lindernde Zahlung gewähren. Als dritten Schwerpunkt mobilisiert Attac-D für eine Unterschriftensammlung zur Petition an die EU-Kommission, diese möge sich für eine EU-einheitliche Vermögensbesteuerung der Reichen einsetzen – 1 Million Unterschriften müssen dafür gesammelt werden. Spannend, wie Frau von der Leyen damit umgehen wird.

Im Weiteren ging es bei diesem Ratschlag um institutionelle Reformen innerhalb Attac, so die Zusammenlegung von Koordinierungs-Kreis und Rat, um die Effizienz der Arbeit zu erhöhen.

Mein etwas deprimierter Eindruck: eine andere Welt halte ich zwar weiter für möglich, aber Attac auf Bundesebene im jetzigen Zustand wird dazu nicht viel beitragen können.

Unsere AG hat vor, sich weiter mit dem Thema insbesondere der Ökonomie von Rüstung und Krieg zu beschäftigen, ob versuchsweise noch weiter innerhalb oder aber doch lieber außerhalb dieses Attac-Netzwerks ist noch nicht entschieden.

Für IPPNW plädiere ich dafür, die Mitgliedschaft bei Attac-D zu kündigen. Es gibt viel produktivere Kooperationszusammenhänge.

09.05.2024 Gedanken von Martina Jäger -

a) Zeitenwende in attac und der Wille zum Frieden

b) Krieg und Frieden – Kontroversen in attac

c) Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete - "Ja oder Nein"

d) Antisemitismusvorwurf u.ä. als Waffe in der politischen Auseinandersetzung – Vortrag mit Fuad Hamdan / Verleumdungsattacken in attac

a) Zeiten(w)ende:

In der BAG GuK bin ich seit etwa 10 Jahren, in attac Würzburg seit 15 Jahren aktiv, in der DFG-VK Mitglied seit über 30 Jahren. Ich bin eine politisch argumentierende Pazifistin (siehe <https://dfg-vk.de/satzung-der-dfg-vk> - §2 Zweck & Ziele)

Was mein friedenspolitisches Engagement in attac betrifft: Überzeugend finde ich die Friedenserklärung von attac mit den Erkenntnissen: a) Globalisierung heizt kriegerische Konflikte an, b) Eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich und c) Ein gerechter Welthandel und Klimagerechtigkeit sind aktive Friedenspolitik www.attac.de/themen/krieg-frieden

Meine Mitgliedschaft in attac Deutschland hatte ich Ende 2023 gekündigt, aufgrund bedenklicher Entwicklungen. Es heisst nicht umsonst: attac befände sich in einer strukturellen Krise. In der [Regionalgruppe Würzburg](#) bleibe ich noch eine bestimmte Zeit lang aktiv. Es gibt attac-Regionalgruppen, deren globalisierungskritisches, sozialökologisches und friedliches Engagement ich zu schätzen weiß. Für friedenspolitisches Engagement empfehle ich beispielsweise das Mitwirken oder die Netzwerkarbeit mit [pax christi](#), [DFG-VK](#), [IPPNW](#), [BAG GuK](#), [Bund für soziale Verteidigung](#), [Ohne Rüstung Leben](#) und [Versöhnungsbund](#).

b) Wie wird attac zukünftig mit den Thema Krieg-Frieden-Militarisierung umgehen?

Eine Einschätzung meinerseits: In einer internen Gruppen-Umfrage haben Ende 2023 / Anfang 2024 attac-Regionalgruppen nach vorgeschlagenen Themen abstimmen können. Etwas weniger als 1/3 der Regionalgruppen haben an der Umfrage teil genommen. Der am meisten gewünschte Bereich war Energie-Klima-Umwelt, dicht gefolgt von Krieg-Frieden-Militarisierung dann mit weniger Stimmen auf etwa gleicher Höhe: Rechtsextremismus/AFD, Finanzmärkte-Steuern und Welthandel-WTO-Freihandel. Attac wird deshalb das bis dahin vernachlässigte Thema um „Krieg und Frieden“ im Außenauftritt thematisieren. Das wurde bereits angekündigt. Wobei aktuell in der Ankündigung für die attac-Sommerakademie 2024 zu lesen ist: „Das Desaster verhindern! Zukunft gestalten: sozial. ökologisch. gerecht!“ Und wo, bitteschön, bleibt das Wort **friedlich**, um ein Desaster zu verhindern?

c) Einen Stopp an Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete

wird attac nicht fordern. Unsere BAG GUK hingegen steht für Waffenlieferungsstopp, das halten wir für notwendig und haben das begründet. Diese Forderung fand keinen Konsens in attac und wurde nicht akzeptiert. Vielleicht erhofft sich das „neue“ attac einen größeren Wirkungskreis mit jenen Menschen und Gruppierungen, die Waffenlieferungen als Politik des Friedens in Betracht ziehen. Damit nähert sich attac der Position der Bundesregierung. Wie sieht der Plan von Waffenexport-Verstehenden aus, wenn durch weitere Waffenlieferungen, militärische Unterstützung & Teilhabe noch mehr Menschen getötet werden, weiterhin Städte und Landstriche verwüstet werden?

d) Antisemitismusvorwurf u.ä. Vorwürfe als Waffe in der politischen Auseinandersetzung. Der Vorwurf gegen Fuad Hamdan - Was ich attacies zu lesen empfehle

Es gab von einigen Mitgliedern des Kokreises und des Rates heftige und haltlose Vorwürfe gegenüber der BAG GUK, weil wir Fuad Hamdan zu einem Online-Vortrag im Januar eingeladen haben. (siehe Protokoll vom 18.02.2024 auf S8) Hier der Link zum Vortrag mit Fuad Hamdan: <https://perspectac.de/veranstaltung/palaestina-von-der-geschichte-bis-zur-gegenwart/#more-161> Im Gespräch nach dem Vortrag beantwortete Fuad Hamdan kritische Fragen differenziert und sachlich. Die von einigen Rats- und Kokreismitgliedern in den Raum gestellten Vorwürfe sind nicht haltbar und schädigen wesentlich den Ruf von Hamdan, denke ich.

Kürzlich gab es einen ausführlichen und nachdenklich machenden **Artikel von Bernd Kastner in der SZ über Fuad Hamdan mit dem Titel „Egal, was wir machen, wir sind die Bösen“** Untertitel: „Fuad Hamdan, in Palästina geboren, engagiert sich für das Land seiner Herkunft und die Menschen dort. Israel nennt er einen `Terrorstaat`, für den Angriff der Hamas findet er weit weniger harte Worte. Muss man solche Meinungen aushalten?“

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuad-hamand-aktivist-palaestiner-portraet-1.6636727>

(Bezahlschranke – den gesamten Text kann ich Euch bei Nachfrage zur Verfügung stellen)

Kastner hat sich Zeit genommen, hat Hamdan besucht und berichtet über sein Leben, über seine Erfahrungen, Sichtweisen und Initiativen, das kollektive Traumata auf seiten der Palästinenser und Israelis, den Umgang mit kontroversen Meinungen usw..

Kastner hört zu, stellt Fragen, informiert sich auch noch anderweitig. Der Artikel erzeugt Nachdenklichkeit, bietet Aufklärung und verurteilt nicht.

Muriel Asseburg und Stefan Jakob Wimmer kommen auch zu Wort. Asseburg sagt, sie sehe es kritisch, dass in Deutschland der „Diskursrahmen immer enger“ werde. Das liege daran, dass die historische Verantwortung auf die Staatsräson verengt werde, und die Staatsräson wiederum auf Israels Sicherheit. „Ich glaube nicht, dass das hilfreich ist.“ Es sei doch verständlich, dass Palästinenser auf ihr Land anders schauten als Deutsche, die ihre historische Verantwortung, zu Recht, mitdächten. Sie wünsche sich, dass Medien viel stärker die Breite der Positionen darstellten. Stefan Jakob Wimmer, der Judaica-Experte, sagt, es sei wichtig, jemandem wie Hamdan zu vermitteln: Es ist nicht per se antisemitisch, wenn er sich für seine Heimat Palästina einsetzt. Erst wenn man seine Meinung ernst nehme, eröffne sich die Möglichkeit, sie öffentlich zu diskutieren – und zu kritisieren.

15. Mai 2024

Artikel von Helge Butthereit im Nachrichtenmagazin *Hintergrund*

„Globalisierungskritiker streiten über Waffenexporte“

Attac erkennt AG Globalisierung und Krieg aufgrund von Meinungsverschiedenheiten nicht mehr an und ignoriert Proteste aus der Friedensbewegung. Zuvor sind bereits weitere Gruppen von Attac geschlossen worden. Das Netzwerk hat massive Finanzprobleme.“

www.hintergrund.de/politik/inland/globalisierungskritiker-streiten-ueber-waffenexporte



22. Mai 2024

Erklärung der Attac Bundes-AG Globalisierung und Krieg (Attac BAG GuK) zu ihrer „Nicht-Bestätigung“ als bundesweite AG innerhalb von Attac

Die Attac BAG GuK wurde durch den Attac Ratschlag am 14. April 2024 nicht bestätigt. Dieser Ratschlag hat damit den globalisierungskritischen, netzwerkartigen und solidarischen Charakter von Attac DE *als Teil der Friedensbewegung* verworfen. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen. Wie kam es zu diesem Beschluss?

In der Attac-Regelsammlung wird unter 3. 3. ausgeführt, dass der Attac-Rat über die Bestätigung einer bundesweiten AG auf der Grundlage eines „Selbstverständnispapiers“ entscheidet. Ein solches hatte die BAG GuK termingerecht mit ausführlichen Berichten zu den Aktivitäten der letzten zwei Jahre eingereicht.

www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/Berichte/202223_Bericht_BAG_GuK.pdf

Doch in der Ratsdebatte am 18.2.2024 wurde nichts davon erörtert. Stattdessen wurden bisher nicht genannte Vorwürfe erhoben und Behauptungen aufgestellt, die von der Vertreterin der BAG und anderen Ratsteilnehmern zurückgewiesen wurden.

Die zeitliche Begrenzung der Redezeit auf zwei Minuten schloss eine seriöse Bewertung der jeweiligen Position und eine Verifizierung von strittigen Tatsachenbehauptungen aus. Dennoch stimmten 13 von 29 anwesenden Ratsmitgliedern gegen eine Bestätigung der BAG (Ja: 9 / nein: 13 / Enthaltungen: 7).

In der Folge wurden schnell Fakten geschaffen: Die Website der AG wurde stillgelegt, das Ratsmitglied der AG aus dem Rat ausgeschlossen, die Finanzen gestrichen.

Auf dem Ratschlag am 14.4.2024 wurde die Arbeit der BAG diffamiert (so z.B. habe sich der Referent in einem BAG-Webinar „unwidersprochen solidarisch auf die Hamas bezogen“. Die Aufzeichnung des Webinars zeigt jedoch, diese Unterstellung ist völlig unzutreffend. Wegen der Begrenzung auf eine 2-minütigen Redezeit konnten die zahlreichen Unterstellungen nicht diskutiert und ausgeräumt werden. Eine solidarische, politisch-inhaltliche Debatte wurde nicht ermöglicht.

Bei 55 Anwesenden wurde der Antrag zur Neu-Anerkennung der BAG GuK (V4 neu) sowie der Antrag zur Rücküberweisung der Entscheidung an den Rat mit der Bitte um inhaltliche Diskussion des politischen Dissenses (V12 neu) mit je 36 Stimmen abgewiesen (davon je 15 mit Veto). 19 Anwesende haben für den Fortbestand der BAG gestimmt.

Die „Nichtbestätigung“ kommt einem politischen Betätigungsverbot gleich:

- Sperrung der Attac BAG Website;
- kein Recht auf Veröffentlichung und öffentliche Stellungnahme der Attac BAG GuK
- kein Zugang zu Attac Finanzmitteln und Kommunikationsmitteln;
- Rufschädigung in der Öffentlichkeit.
- Wir teilen nicht die Behauptung, dass nach Attac-Regeln unsere AG nicht mehr bundesweit auftreten könne. Der Kern dieser Regeln ist das Konsens-Prinzip. Das folgt einer anderen Logik, als die in Vereinen oder Parteien üblichen Verfahren und begründet eine andere politische Kultur. Es dient als Minderheitenschutz und damit der politischen Pluralität im Netzwerk, sowie der diskursiven Bearbeitung von Meinungsverschiedenheiten.

Leider wurde das in den letzten Jahren immer weniger befolgt, und einige Kräfte haben das Prinzip in sein Gegenteil pervertiert und zur machtpolitischen Durchsetzung partikularer Interessen missbraucht.

Die Mailingliste Globalisierung und Krieg, über welche die Mitgliedsorganisationen, Regionalgruppen und Einzelmitglieder im Netzwerk Attac mit der AG und untereinander kommunizieren, soll durch das Bundesbüro am 21. Mai eingestellt werden. Das Entziehen dieser Kommunikationsplattform ist durch den Beschluss des Ratschlags nicht gedeckt und belegt, dass hier eine politische Säuberung vollzogen werden soll.

Für uns gelten nach wie vor die Aussagen der Grundsatzerklärung von 2002: „ (...) Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich. Attac setzt sich ein für: Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab. (...)“

Die Bundesweite AG Globalisierung und Krieg legt einen besonderen Fokus auf die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Ökonomie von Rüstung und Krieg und leistet damit einen spezifischen Beitrag zur Friedensbewegung. Dies war stets ein inhaltlicher „Markenkern“ von Attac.

In der BAG GUK sind Organisationen der Friedensbewegung aktiv und vernetzt, wie z. B. die Informationsstelle Militarisierung, IPPNW, Pax Christi und DFG-VK.

Wir wünschen uns die weitere intensive Zusammenarbeit mit vielen Attac-Mitgliedern und mit den Organisationen der Friedensbewegung.

Im Interesse des Netzwerks sollte der Attac-Rat zum Konsensprinzip zurückkehren und mindestens eine friedliche Koexistenz mit unserer bundesweiten AG anstreben. Wir sind dazu bereit. Als Friedensgruppe sind uns Dialog, Entspannung und Kooperation wichtig.

Wir werden Podien zu politisch heißen Themen organisieren, wie dem Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs gegen die gesellschaftliche Linke im Gaza-Krieg, den Krieg in der Ukraine u. ä.

Der Rat ist eingeladen sich zu beteiligen und damit zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung der Fragen von Krieg und Frieden zurückzukehren.

Erklärung als pdf zum runterladen und versehen mit weiteren Anhängen (Anträge und Unterstützungen aus Regionalgruppen):

<https://perspectac.de/wp-content/uploads/2024/05/2024-Mai-Erklaerung-BAG-GUK.pdf>

Der globalisierungskritische Newsletter

Sand im Getriebe - NR 155

Baustelle EUropa

www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/sig-155/18492ce132-1717063912/sig-155.pdf

- Link zu SiG 155 -

Inhaltsangabe

Zur Lage der EU 2024 – Alternativer

Report aus der Attac-AG Europa.....3

Einleitung: Multiple Dauerkrisen – the new normal für die EU.....3

Militarisierung und die Sehnsucht nach Großmacht...4

Weht in Brüssel ein neuer Wind? Krise des Neoliberalismus, Fiskalpolitik und soziale Krise in Europa.....6

Rechtsentwicklung in der EU.....8

Fake und Flop - der „Green Deal“ der EU.....10

EU-Handelspolitik zwischen Neoliberalismus und Protektionismus.....11

European Common Space for Alternatives.....14

Landwirtschaft – welche Perspektiven?

Marc Dufumier: Unsere Landwirtschaft aus der Sackgasse führen.....15

Aurélie Trouvé: Garantie eines angemessenen Einkommens für Landwirte!.....18

FIAN: „Weltbank muss Arbeit im Landsektor beenden!“.....19

Europa der Konzerne.....20

Corporate Europe: Vereinnahmung durch Unternehmen in den EU-Institutionen.....20

Ver.di und Misereor zur Verabschiedung des EU-Lieferkettengesetzes.....21

Attac Frankreich: Die Reichen, die Finanzwelt und die multinationalen Konzerne **besteuern!**..21

André Grimaldi und J.-P. Vernant: Verlust der staatlichen Hoheitsgewalt über **Big Pharma**.....23

Asylrecht wird demontiert.....25

Nils Enderlin: **Europa in der illiberalen Spirale**. 26

Walden Bello: **Der globale Aufstieg des Faschismus und wie man ihn bekämpfen kann** 27

Droht ein neuer Faschismus? Lesehinweise.....29

Militarisierung der EU.....30

Ingeborg Schellmann: “Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“.....30

Peter Nowak: Deutsche Kriegstüchtigkeit: Was vor 75 Jahren nicht im Grundgesetz stand. 32

Palästina.....33

Stoppt das Assoziierungsabkommen EU-Israel!.....33

BIP: Studierende in aller Welt zeigen moralisches Rückgrat.....34

Waffenexporte Deutschlands nach Israel36

Repression statt Argumente.....37

Internationaler Gerichtshof fordert Einstellung militärischer Handlungen Israels in Rafah.....38

Neukaledonien.....39

Weltsozialforum 2024.....40

Attac Frankreich: WSF 2024: Alternativen zum Kapitalismus.....41

Gemeinsame Erklärung von Kathmandu zur Beendigung der Austerität.....42

Raphael Baladad: Herausforderungen und Erfolge der sozialen Bewegungen.....43

Termine und weitere Hinweise.....44

Die Redaktion freut sich auf Hinweise und Anregungen!
E-Mail an die Redaktion: sand-im-getriebe@posteo.de

Gedruckte Exemplare von Sand im Getriebe können zum Selbstkostenpreis per E-Mail an sand-im-getriebe@posteo.de bestellt werden:

pro Exemplar 2 Euro zuzüglich Porto; Abonnement 15 Euro für 5 Ausgaben

Konto der Redaktion bei der Hamburger Sparkasse: M.D.Vernhes, IBAN: DE98 2005 0550 3501 8208 76

Vorwort: zur Ausgabe - 2024“ (AR) erklären die Autor*innen:

Bellizismus der EU (“Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht“) „muss sich Friedenspolitik entgegenstellen. Die Kosten der Militarisierung gehen wie immer zu Lasten von Sozialem und der Lohnabhängigen. Und sie absorbieren die Fähigkeit, die wirklichen Probleme der Menschheit, vorneweg die Klimakrise, zu lösen.“ (AR) „Eine größere Autonomie gegenüber den USA [...] muss sich inhaltlich an den friedenspolitischen Werten orientieren, die auch den Kern der UN-Charta und des Völkerrechts bilden: Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz, Rüstungskontrolle und Abrüstung.“ (AR)

„Die Reichen, die Finanzwelt und die multinationalen Konzerne besteuern!“ „Das in Steueroasen versteckte Finanzvermögen wurde 2022 weltweit auf 12 Billionen USDollar (12 % des globalen BIP)“ geschätzt (Attac Frankreich). „Tax the rich“ ist eine europaweite Kampagne.

„Das Streben nach finanzieller Rentabilität bestimmt die Investitionsentscheidungen der „Big Pharma“, Forschung wird vernachlässigt. „Der Kampf gegen diese Fehlentwicklung“ kann „nur auf der Ebene mehrerer europäischer Länder geführt werden.“ (André Grimaldi und J.-P. Vernant)

Marc Dufumier entwickelt Vorschläge, um „unsere Landwirtschaft aus der Sackgasse zu führen“ und Aurélie Trouvé betont: „Die ökologische Wende ist nicht verhandelbar. Sie ist der Kern des neuen Pakts zwischen Landwirten und der Gesellschaft: Wir unterstützen sie, damit sie ein angemessenes Einkommen haben, und im Gegenzug vollziehen sie die notwendige ökologische Wende.“

„Es gibt eine generelle Rechtsentwicklung in der politischen Klasse und im herrschenden gesellschaftlichen Klima“. Besonders eklatant ist „die Verschärfung der Migrationspolitik, bei der die EU inzwischen weitgehend auf den Kurs der Rechten eingeschwenkt ist.“ (AR)

Walden Bello analysierte auf dem Weltsozialforum den globalen Aufstieg des faschistischen Projekts, „das darin besteht, eine klassenübergreifende Solidarität auf der Grundlage von Hautfarbe, Religion, Sprache oder Kultur zu schaffen, indem diejenigen, die als anders wahrgenommen werden, als der Feind oder der Große Andere definiert werden“ und weist auf die schmerzhaften Erfahrungen hin: „Wenn sich das Kapital durch Bewegungen bedroht fühlt, begrüßt es die Bemühungen von Faschisten, die soziale Ordnung zu stabilisieren oder zu "säubern".“ Er entwickelt 7 Punkte, um dem Faschismus zu begegnen. „Am wichtigsten ist jedoch wahrscheinlich, dass wir eine transformative Vision haben müssen.“ (hierzu auch der Bericht von Attac Frankreich und der Aufsatz von Raphael Baladad)

Nils Enderlin sieht „Europa in der illiberalen Spirale“ und die „Rechtsstaatlichkeit untergraben“. Repression statt Argumente erfahren die Student*innen und junge Menschen, die gegen die Angriffe Israels auf Gaza und gegen die Waffenexporte nach Israel protestieren und die Durchsetzung der Entscheidungen des IGH fordern (Stoppt das Assoziierungsabkommen EU-Israel!).

„Wir haben wiederholt gesagt, dass kein Ort in Gaza sicher ist. Keine Notunterkünfte. Keine Krankenhäuser. Keine sogenannten humanitären Zonen. Wir haben auch davor gewarnt, dass eine Militäroperation in Rafah zu einem Gemetzel führen würde. Die Folgen haben wir bei dem völlig inakzeptablen Angriff von gestern Abend gesehen. Ob der Angriff ein Kriegsverbrechen oder ein "tragischer Fehler" war, spielt für die Menschen in Gaza keine Rolle. Was gestern Abend geschah, war die jüngste - und möglicherweise grausamste - Abscheulichkeit. Es als "Fehler" zu bezeichnen, ist eine bedeutungslose Botschaft für die Toten, die Trauernden und diejenigen, die versuchen, Leben zu retten. (Der Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator Martin Griffiths zu Gaza, 27. Mai 2024, www.ochaopt.org)

Termine Juni 2024

03.06., 18:00-19:00 Uh online

Hamas im Fokus

Entstehung, Ideologie und Handlungslogik im Verhältnis zur palästinensischen Gesellschaft und Parteienlandschaft

<https://www.ipnw.de/aktiv-werden/termine.html>

08.06. Tag der Bundeswehr (bundesweit)

<https://keintagderbundeswehr.dfg-vk.de/>

27.06., 19 Uhr, Matthias Jochheim: Ökonomie und Aufrüstung – Wirtschaftliche Triebkräfte des militärisch-industriellen Komplex (ird videodokumentiert)

VA: attac Würzburg, BAG GUK, DFG-VK Würzburg

<https://perspectac.de/veranstaltung/oekonomie-und-aufruestung-vortrag-mit-matthias-jochheim>

30.06., 11:00 Militarisierung gegen Soziales, online Aktionsberatung

VA: Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“

<https://www.friedenskooperative.de/termine/militarisierung-gegen-soziales-0>

Weitere Termine:

<https://www.friedenskooperative.de/termine>

Unsere geplanten Veranstaltungen, Aktionen:

Montag, 24. Juni

Ukrainekrieg Eskalation der Nato Referent:

Peter Wahl und n.n.

Sanktionen Referent: Joachim Guilliard Thema des Vortrags:

IMI-Studie 2024/4 Arsenal des Faustrechts Wirtschaftsblockaden, Menschenrechte und der Widerstand des Südens <https://www.imi-online.de/2024/05/24/arsenal-des-faustrechts/>

Antisemitismusvorwurf als Waffe Referenten:

Andreas Zumach oder Wolfgang Benz

Informationen zum Newsletter

Erstellt und Ansprechpartnerin: Martina Jäger – martinajaeger@posteo.de

Die Arbeitsgruppe "Globalisierung und Krieg" versteht sich als Netzwerk für Friedensaktivisten, die sich kritisch mit dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg befassen, Aufklärung über Kriegsursachen betreiben, sowie Aktionen initiieren zur Abwehr von Krieg und Gewalt. Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten. Unsere Veröffentlichungen zeigen das vielfältige Meinungsbild innerhalb der **bundesweiten AG Globalisierung & Krieg**. Information der Friedensbildung ermöglichen einen Diskurs über Hintergründe, aktuelle Ereignisse, Einschätzungen und führen zu einer Entwicklung friedfertiger Handlungsperspektiven. In diesem Newsletter gehen wir u.a. auf den Konflikt zwischen der BAG GUK und ATTAC bezüglich der Nichtanerkennung der BAG GUK ein.